

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Reichsdruckerei und bei Anzeigenbestellen 2 RM., im Monat, bei Abholung durch die Boten: 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. 48 Pf., für Postwechselstellen 3 RM. 48 Pf. für Postwechselstellen. Zusätzliche Gebühren für Zustellung in den Provinzen. Das Wilsdruffer Tageblatt ist eine der drei größten Zeitungen der Provinz. — Wilsdruff, den 4. Mai 1929.

Anzeigenpreis: Die 4 spaltenige Zeile 26 Pf., die 4 gesparte Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 4 gesparte Zeile im restlichen Teile 1 Reichsmark. Nachmittagsgebühren 20 Reichspfennige. Tages- und Nachtstunden nach Möglichkeit. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. (Anzeigen werden nicht über die Nacht an den Fernsprechern genommen.) (Anzeigen werden nicht über die Nacht an den Fernsprechern genommen.) (Anzeigen werden nicht über die Nacht an den Fernsprechern genommen.)

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 103 — 88. Jahrgang — Verlegt: Adr.: „Anteblatt“ Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 2640 — Sonnabend, den 4. Mai 1929

Um Tod und Leben. Der Bruderzwist. — Der Kampf um die Todesstrafe. Prinzipienstreiterei.

Zur Feier des Tages, der, nach dem Willen und nach den auf zahlreichen internationalen Kongressen bekräftigten Entschlüsse der Sozialdemokratie, einer eindrucksvollen Bestätigung des Weltfriedensgedankens zu dienen bestimmt sein sollte, ist in der Hauptstadt des Deutschen Reiches Blut geflossen; Arbeiterblut, wie man zu sagen sich nach und nach angewöhnt hat. Menschenblut, wie man statt dessen wohl besser sagen könnte. Nur in Deutschland ist es so sehr betrübend Zusammenstoßen zwischen Volksmassen, die angeblich nichts weiter als das einfache „Recht auf die Straße“ durchsetzen wollten, und den Machtmitteln des Staates, den berufenen Schützern seiner Ruhe und Ordnung, gekommen. Für diejenigen, denen es bei allem, was sie tun und reden, nur um die schärfste Ausprägung der innenpolitischen Gegensätze, nur um die Bestätigung ihrer revolutionären, ihrer klassenkämpferischen Gesinnung zu tun ist, gewiss ein im tiefsten Herzensgrunde willkommenes Ereignis, weil sie dessen sicher zu sein glauben, daß vergossenes Blut immer wieder neues Blut vergießen zur Folge haben muß, weil ihnen nichts so wenig erwünscht sein kann wie ein allmähliches Nachlassen des Bruderzwistes im Volke. Da die allgemeinen Zeitverhältnisse, wie man leider zugedenken muß, ihnen einigermassen günstig sind, wird man sich schon auf neue Unerreutlichkeiten in unserem politischen Leben gefaßt machen müssen. Das Interesse der großen Öffentlichkeit gehört nun einmal heute viel weniger der stillen, sachlichen Arbeit, die dazu bestimmt ist, der ungeborenen Schwierigkeiten der Zeit, der sozialen Äste, der wirtschaftlichen Verlegenheiten, der finanziellen Bedrangnis Herr zu werden. Alle Wohlmeinenden sind sich im Grunde darüber einig, daß es eigentlich keine dringendere Forderung des Tages gebe, als die entschlossene Zusammenfassung der zu vernünftiger Arbeit bereiten Kräfte über alle Parteigegensätze und sonstigen Unterscheidungen hinweg zu einer tatkräftigen und jeden Widerstand beseitigenden Volksgemeinschaft.

Aber für große Entschlüsse scheint unsere Zeit nichts weniger als reif zu sein. Wir leben das eben wieder an der Haltung des Reichstagsausschusses für das neue Strafrecht, der sich weder für die Beibehaltung noch für die Abschaffung der Todesstrafe entscheiden konnte, obwohl die nun schon seit Monaten durchgeführten Verhandlungen über diese Frage an Gründlichkeit kaum zu überbieten waren. Auch nicht an eine deutsche Gewissenhaftigkeit, das konnte man an den mancherlei Vermittlungsanträgen ablesen, die von den verschiedensten Seiten gestellt wurden, um einen Ausweg aus den unauflösbaren Schwierigkeiten der Materie zu finden. Die Geister standen, wie sich unschwer beobachten ließ, sehr stark unter der Wirkung des leidenschaftlichen Kampfes gegen die Todesstrafe, der in letzter Zeit namentlich von den Brethern, die die Welt bedeuten, für die mögliche Vermeidung des Strafrechts geführt worden war, und es läßt sich wohl voraussehen, daß, je länger der Streit noch unentschieden hin- und herwogt, desto geringer die Aussichten für die Beibehaltung dieser äußersten Strafe werden müssen.

Dabei steht praktisch bei diesem Kampf der Meinungen nicht mehr gar soviel auf dem Spiel, denn auch die Anhänger der Todesstrafe sind sich darüber im Klaren, daß ihre Vollstreckung nur noch in den allerletzten Fällen gestattet werden dürfte, und andererseits haben wir es doch eben erst wieder erlebt, daß das Menschenleben von seinen Trägern selbst durchaus nicht immer als der Güter höchstes eingeschätzt wird. Der eine setzt es — sein eigenes wie auch das von Nebenmenschen — um politischen Ziele willen kalkülant aufs Spiel, der andere befreit sich kurzerhand von der Last von der Luft des Daseins, weil er es verlernt — oder überhaupt nicht gelernt hat, eine höhere Schicksalsgewalt über sich zu verspüren. Ist es danach im Grunde viel mehr als Prinzipienstreiterei, wenn der Strafrechtsausschuß bei diesem einen Problem mit so bewundernswürdiger Geduld verbleibt und schließlich darüber in zwei gleiche Teile auseinanderfällt? Wir leben — ob mit oder ohne Todesstrafe — in einer recht grausam gewordenen Welt; mit bloßen Paragraphen, positiven oder negativen, wird an ihr nicht viel zu ändern sein. Dr. Sz.

Keine deutschen Vorschläge, aber Anregungen.

Die Reparationsentscheidung wahrheitlich Montag. Über die Unterhaltungen, die Dr. Schacht kurz nach seiner Rückkehr aus Berlin im Gegenwärtigen Dr. Bogler's mit dem Vorsitzenden der Pariser Kommission hatte, ist so gut wie nichts durchgesickert, noch weniger über die kurze Unterhaltung, die der Reichsbankpräsident angeblich noch mit Sir Josua Stamp und dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, hatte. Es steht nur so viel fest, daß dieser ersten Fühlungnahme neue Besprechungen zwischen Dr. Schacht und Owen Moreau sowie einigen anderen Hauptdelegierten folgen

Fortdauer der Berliner Krawalle

Neue blutige Kämpfe in Berlin.

Ausnahmezustand über das Kampfviertel. Die blutigen Kämpfe in Berlin haben noch immer kein Ende gefunden. Den Demonstrationen ist ein regelrechter Bürgerkrieg gefolgt. Die Hauptzentren, in denen gekämpft wird, sind der Wedding und Neukölln, wo die Polizei eine planmäßige Säuberungsaktion begonnen hat, nachdem es auch in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag und auch am Freitag vormittag zu Kämpfen zwischen Kommunisten und Polizisten gekommen ist, wobei die Polizei wieder mit Panzerautos gegen die Kommunisten vorgehen mußte. Bei diesen neuen Kämpfen hat es wieder drei Tote und zahlreiche Verletzte gegeben. Da sich die Lage in Neukölln und am Wedding immer mehr zuspitzt, hat sich der Berliner Polizeipräsident dort zu besonders einschneidenden Maßnahmen veranlaßt gesehen, die einem Belagerungszustand für diese Teile Berlins gleichkommen.

Nach diesen Maßnahmen ist von 9 Uhr abends bis 4 Uhr früh jeder Verkehr in bestimmten Straßenvierteln dieser Stadtteile verboten. Ausnahmen gelten nur für Ärzte, Hebammen und Sanitätspersonal. Jedes Umhergehen in den Hausfluren oder Hausnischen sowie Lorcinsfahrten ist verboten. Die Straßenwärts gelegenen Fenster müssen in der angegebenen Zeit geschlossen bleiben. Auch darf in den Straßenwärts gelegenen Räumen während der angegebenen Zeit kein Licht brennen. Zuwiderhandelnde Wohnungsinhaber setzen sich der Gefahr aus, daß die Fenster von der Strafe aus durch die Polizei unter Feuer genommen werden.

Am Tage darf in den in Betracht kommenden Bezirken und genannten Straßen sowie in den Hausfluren, Hausnischen und Lorcinsfahrten keine Person stehenbleiben. Die Polizei wird besonders darauf achten, daß sich niemand länger auf der Straße aufhält, als unbedingt erforderlich ist. Personen, die sich ohne festes Ziel auf der Straße bewegen, werden festgenommen. Zusammengehen von drei oder mehr Personen ist nicht gestattet. Jeder Radverkehr ist untersagt. Die in den genannten Bezirken gelegenen Gastwirtschaften werden abends 9 Uhr geschlossen.

Weiterhin unternimmt die Polizei systematisch eine Durchsuchung der in den betreffenden Vierteln liegenden Häuser nach Waffen, wobei schon zahlreiche Waffen aller Art und Totschläger sowie Munition gefunden, beschlagnahmt und daranhin auch Verhaftungen vorgenommen wurden. Die Polizei vertritt die Meinung, daß es sich bei diesen Ausschreitungen, bei denen sich namentlich halbwüchsige Juchsen hervortun, um eine von den Kommunisten angeregte planmäßige Aktion gegen die Staatseinrichtungen handelt.

Die Zahl der Opfer steigt

Berlin, 3. Mai. Am 21. Uhr trat in Neukölln der sogenannte kleine Belagerungszustand in Kraft. Eligist suchte die Bevölkerung ihre Behausungen auf und Totenstille herrschte über den von der Polizei abgeriegelten Stadtteil. Alle Lokale schlossen und jeder Verkehr war gesperrt. Beide kämpfenden Parteien hielten sich zurück und gaben Schredschüsse ab. Da die Straßenbeleuchtung von dem Mob außer Betrieb gesetzt war, hat die Polizei vielfach auf Volkens Scheinwerfer angebracht, die mit ihren mächtigen Lichtkegeln die Straßen beschienen. Gegen Mitternacht fielen die Schüsse nur noch vereinzelt und bei der Polizei wurde angenommen, daß den Auftritten die Munition ausgegangen sei. Ein Teil der Polizisten war inzwischen mit Stahlhelmen ausgerüstet worden. Die noch von den Aufrührern

besetzten Straßen dürften bis Sonnabend geäubert sein. Man schätzte um Mitternacht die Verluste bei den Aufrührern auf 6 Tote und 12 Schwerverletzte. Ein Polizeiwachmeister wurde überfallen und durch Schläge verletzt. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Finanzielle Hilfe aus Moskau?

Im übrigen scheint es, daß die Kommunisten aus Moskau finanzielle Unterstützung erhalten. Wie ein Telegramm aus Moskau besagt, hat die Internationale Arbeiterhilfe sich an die russischen Gewerkschaften und andere russische Kommunistenorganisationen mit der Bitte gewandt, Gelder zwecks Unterstützung der Opfer der Berliner Ereignisse zu sammeln. Die Internationale Arbeiterhilfe hat von der Sowjetregierung die Erlaubnis zu dieser Geldsammlung erhalten. Die Sammlung, die von der Internationalen Arbeiterhilfe in Rußland auf 10 000 Mark gebracht werden soll, dient der Unterstützung aller Berliner Matrosen, die sich in schlechter materieller Lage befinden.

Am Donnerstag hat in Moskau eine Versammlung der deutschen Kommunisten stattgefunden, in der Vertreter der deutschen Abteilung der kommunistischen Internationale Nebenhielten. Sie erklärten in ihren Ausführungen zu den Berliner Vorgängen, daß die Ereignisse des 1. Mai gezeigt hätten, daß das deutsche Proletariat zur Führung eines Bürgerkrieges reif geworden sei. Nach der Auffassung der deutschen Kommunisten müsse der Kampf gegen die Berliner Polizei fortgesetzt werden, um dann später diese Bewegung auf das ganze Reich auszudehnen.

Um die Gemüter in Berlin nicht noch mehr durch die aufreizende Sprache, die das Berliner Kommunismusblatt, die Rote Fahne, im Anschluß an die blutigen Vorgänge des 1. Mai führte, zu erhitzen, hat der Berliner Polizeipräsident dieses Blatt auf die Dauer von drei Wochen verboten, weil „die Rote Fahne die kommunistische Partei Deutschlands in ihrer Bestrebungen, die verfassungsmäßig festgesetzte republikanische Staatsform des Reiches zu untergraben, durch die Tat unterstützt habe“. Der Leitung der kommunistischen Partei ist es durch Flugblätter, Reden in den Versammlungen usw. gelungen, in zahlreichen Berliner Betrieben die Arbeitererschaft als „Protest gegen das Verhalten der Polizei“ von der Arbeitshäufig fernzubehalten. Es handelt sich hierbei vornehmlich um mehrere Zigarettenfabriken, um Metall- und Bauarbeiter.

Auch im Reich sind in einigen Unternehmungen die Arbeiter nicht zur Arbeit erschienen.

Mit Hand- und Gewehrgranaten.

Welch schweren Stand die Polizei gegenüber den Tumultuanten hat, erweist sich aus folgender Meldung, die das Berliner Polizeipräsident am Freitag nachmittag veröffentlichte. Es heißt darin:

Nachdem in den Vormittagsstunden in Neukölln in der Hermannstraße und in den angrenzenden Straßen immer wieder kleinere Zusammenstöße zwischen Polizei und Straßenzwölle stattgefunden haben, die erst durch das Eingreifen größerer Polizeiaufgebote in gemeinsamem Vorgehen mit Panzerwagen beendet werden konnten, ist es in den Nachmittagsstunden zu neuen Zwischenfällen gekommen, die erneuten Umfang anzunehmen drohten. Von neuem eingesetzt Polizeitruppen sind mit Hand- und Gewehrgranaten ausgerüstet. Es soll auch Tote und Verletzte gegeben haben.

Offentlich gelangt es der Polizei bald, wieder Ordnung und Ruhe in Berlin herzustellen, da das Leben der Reichshauptstadt natürlich unter diesen Umständen leidet.

der von den deutschen Sozialdemokraten bewilligte Kreuzer gezeigt, der vorn die alte, hinten die neue Reichsflagge und am Mast die alte Marineflagge trug. Auf dem Schiff befanden sich in börsartigen Karikaturen verschiedene Reichsminister mit beleidigenden Unterschriften.

Was die Reichspost verdient.

Steigende Einnahmen trotz sinkender Konjunktur. Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann die Beratung des Haushalts des Reichspostministers für das Rechnungsjahr 1929. Reichspostminister Dr. Schädel verweist auf den erstatteten Tätigkeitsbericht. Der Verkehr der Reichspost habe 1928 eine aufsteigende Linie gezeigt trotz des schlechten Wirtschaftsjahres. In den letzten Jahren vor dem Kriege habe der Überschuf der Post etwa 90 Millionen betragen. Seit Inkrafttreten des Postfinanzgesetzes sei er auf 151,5 Millionen Mark im Jahre 1929 gestiegen. Die Mechanisierung in allen Betriebszweigen habe eine starke Minderung des Personals trotz Zunahme des Verkehrs ermöglicht. Die Wirtschaftlichkeit des Betriebes müsse aber oberstes Gesetz bleiben.

Die Sowjets rumpeln Deutschland an.

Verspottung von Reichsministern bei der Malparade. Wegen der mehrere deutsche Minister begleitenden Plakate, die gelegentlich der Moskauer Waisentagen herumgetragen wurden, hat das Auswärtige Amt die notwendigen diplomatischen Schritte eingeleitet. Es handelt sich dabei um grobe Verspottungen deutscher innenpolitischer Angelegenheiten. So wurde in einem Festzug auf einem Wagen